

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin, Stadt und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Konferenz der Landwirtschaftsminister des Reiches.

Zwangswirtschaft oder freier Handel?

Süddeutschland gegen die gängliche Freigabe der Ernte.

Wie schon kurz mitgeteilt, treten die einzelstaatlichen Landwirtschaftsminister am morgigen Sonnabend zu einer wichtigen Beratung im Reichsernährungsamt zusammen. Es handelt sich bei der Besprechung vor allem um die Frage, ob im neuen Erntejahr bei der landwirtschaftlichen Erzeugung auch weiterhin die Zwangswirtschaft aufrechterhalten oder der freie Handel wieder eingeführt werden soll. Während man im Reichsernährungsamt den Standpunkt vertritt, daß im neuen Erntejahr die Kartoffel- und Getreidebewirtschaftung größtenteils freigegeben werden kann,

sehen die süddeutschen Staaten unter Führung des bayerischen Ernährungsministers, der erst kürzlich in Berlin verhandelte und auch an den morgigen Verhandlungen teilnimmt, auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Diese Länder begründen ihre Auffassung damit, daß eine Freigabe der Kartoffel- und Getreideernte sofort ein Uebelwerden der Löhne mit norddeutschen Käufern zur Folge haben würde. Diese jedoch würde wieder ein erneutes ungeheures Steigen der Preise nach sich ziehen. Bayern, dem sich die übrigen süddeutschen Länder anschließen, wird sich aus diesen Gründen mit einer teilweisen Freigabe der Ernte und zwar in der Form einer Ernteerklärung, daß ein noch festzusetzender Prozentsatz der zu erwartenden Ernte sichergestellt und der Rest den Erzeugern zur freien Verfügung überlassen wird.

Die Vorbereitungen in Syon.

Kurzer Ausblick der Konferenz in Syon?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Aus London wird gemeldet: In gut unterrichteten Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß der Wunsch des Obersten Rates, verschiedene Einzelheiten vorher zu erledigen, einen frühen Aufbruch der Konferenz in Syon notwendig machen würde. Besondere sollen die Vorbereitungen zwischen Lloyd George und Millerand Ende dieser Woche in Syon an der englischen Küste, wo sich Lloyd George augenblicklich befindet, stattfinden. Dortin wird sich auch der französische Finanzminister und am Sonnabend der französische Vizepräsident in London befinden. Ferner werden, wie verlautet, französische Sachverständige und Sekretäre an den Besprechungen teilnehmen. Vermutlich werden sich dann alle französischen Delegierten bereits am Sonntag nach Paris zurückbegeben. Am Anfang der nächsten Woche wird der angekündigte Besuch des belgischen Außenministers in London zu Besprechungen mit Lloyd George erfolgen.

Wie der „Kamps“ aus London meldet, beschäftigt sich Lord Curzon mit der Liste der angebotenen Verhandlungen des Friedensvertrages durch Deutschland. Das englische Ministerium zum Vernehmen habe aus Paris eine ausführliche Liste darüber erhalten, da England bis jetzt dieser Frage nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt habe wie Frankreich.

Foch und der Simburger Pöbel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Beim Rückzug der deutschen Truppen nach dem Westfront 1918 war eine Anzahl deutscher Regimenter gezwungen, durch den

holländischen „Simburger Pöbel“ zu marschieren, um der Gelangnahme zu entgehen. Sie wurden von Vertretern des holländischen Volkes entlassen und dadurch einer Situation ein Ende gemacht, die einen Augenblick sehr bedrohlich schien. Jetzt teilt die Nation Folge mit, daß sich damals der belgische Gelände in Paris nach Genie zu Foch begab und ihn fragte ob die belgischen Truppen den deutschen auf niederländisches Gebiet folgen dürften. Foch antwortete: „Es ist schwierig das zu befehlen, aber gehen Sie nur.“ („Ordonner est difficile, mais allez-y.“) Die belgische Regierung hatte damals noch die Vorsicht, sich erst mit der französischen und auch der englischen Regierung in Verbindung zu setzen, die die Sache auf die lange Bank schoben. Sonst hätte der Krieg möglicherweise mit einem ebenso schweren Neutralitätsbruch geendet wie er begonnen hat.

Die fremden „Besitztümer“ an deutschen Frachtschiffen.

Entsendung eines amerikanischen Schiedsrichters durch Wilson.

Washington, 13. Mai. (Reuter.)

Der bisherige Direktor für das Eisenbahnwesen, Hines, ist im Begriff, mit einem vertraulichen Auftrag des Präsidenten Wilson nach Europa abzureisen. Der Zweck seiner Entsendung ist, die Besitzrechte an den Schiffen festzustellen, die gegenwärtig unter deutscher Flagge auf der Donau, der Elbe, dem Rhein und der Oder verkehren. Die an der Angelegenheit interessierten Nationen, Belgien, die Tschechoslowakei und Rumänien, hatten Wilson um Ernennung eines Schiedsrichters gebeten.

(Siehe auch Seite 2.)

„Die revolutionäre Situation“ auf dem Balkan.

Unterredung mit Professor Markowitsch. — Die vollen Schüssen Belgrads. — Eine „Söderström Balkanowjetrepublik“. — Der nationale Trommelschlag.

Von unserem auf den Balkan entsandten Sonderkorrespondenten

Theodor Borkos.

Belgrad, Ende April.

Es schien mir unglaublich, als mir dieser Tage einer der Führer der jugoslawischen Kommunisten mit allem Nachdruck und Ernst erklärte: „Wir haben hier eine revolutionäre Situation.“ Lieber diesem Lande, durch das der Trommelschlag des Siegers dröhnt, liegt die unbekümmerte Heiterkeit des Frühlings. Die Sonne strahlt aus einem östlich blauen Himmel, sie badet in der jungen Farbenpracht von Blumen und Blüten und sie webt bunten Zauber zwischen die schlanken und schönen Frauentypen, die in den Bronzenabergängen des Kalemegdan lauwarmen. In den niedrigen, freundlichen Kneipen sieht der Bürger zwischen vollen Schüsseln und den erlesenen Speisen. Und ich sah zwischen Arbeitern, die an den tiefsten Schweineerippen aufsteig heraufstiegen und mehr auf dem Keller zurückließen, als deutsche Arbeiter in einer ganzen Woche essen. Leibe, Bürger und Arbeiter, trinten aus großen Gefäßen den goldgelben Schmirwein.

Und doch eine „revolutionäre Situation“? Der Bolschewismus, sagt Foch, sei die Krankheit nur der besiegten Staaten. Die jugoslawischen Kommunisten sind Bolschewisten. Wird Foch, der bis jetzt recht zu haben scheint, recht behalten? In Deutschland scheint es vor allem der Hunger zu sein — und ein wenig die moralischen Nachakte des Krieges —, die das Land in radikale Erregung versetzen. Hier in Jugoslawien gibt es auch genügend Nachakte des Krieges, aber es gibt keinen Hunger. Der Hunger ist ein Dialektiker von großem Ausmaß, selbst der Analphabet. Als ich ins Gewerkschaftshaus trat, überfallen mich die Kellner und die Arbeiter um über den Leninischen Marxismus zu dozieren, gegen Klassen zu streiten und Scheidemann zu verurteilen. Jeder dieser Klauer ist, tatsächlich jeder einzeln, ein Professor, und ich hätte kaum nötig gehabt, mich solange mit ihrem Führer, dem Professor der Mathematik an der Belgrader Universität Dr. S. S. Markowitsch, der sich im Laufe des Gesprächs zu seinen Arbeitern an uneren Tisch gefunden hatte, über den Kommunismus zu unterhalten, wie ihn der Balkan begreift. Ich hatte diesen Kommunismus schon vorher kennen gelernt. Nein, es sind nicht die ledigen Worte, die den Balkan radikalisieren. Der slavische Arbeiter, umgeben von einer großen Zahl Intellektueller, ist Revolutionär aus revolutionärer Seele heraus. Er ist unbeständig, und er läßt sich weder durch seine Führer ablenken, noch vom fatten Plagen betören. Er hat sich das Bild einer besseren Welt geschaffen, und diesem Bilde folgt er leidenschaftlich und unbeirrt. Er ist der geborene Revolutionär.

Die sozialistische Bewegung auf dem Balkan ist nicht neuen Datums. Schon vor vierzehn Jahren hat sie sich hier, den streng orthodoxen Marxismus propagierend, festgesetzt. In der zweiten Internationale haben die Serben, Bosnier und Herzegowiner schon auf der linken Seite. Nur die Kroaten und Slowenen trugen einen nationalsozialistischen Anstrich. Es ist bekannt, daß die beiden einzigen Abgeordneten in der serbischen Stupischina, Vlastowitsch und Raskowitsch — Trotski hebt sie in seiner Broschüre „Der Krieg und die Internationale“ lobend hervor —, und damit die ganze serbische Sozialdemokratie, geschlossen gegen die Kriegskredite stimmten, „um nicht den Frieden Europas lediglich der nationalen Ziele der Karageorgewitsch wegen zu schießen“. Während der Okkupation des Landes mußte natürlich die Arbeit eingestellt werden. Ueber diese Zeit lagte mir Professor Markowitsch: „Ich habe einen sehr schlechten Eindruck von dieser Besetzung behalten. Die Deserteure und Ungarn waren brutal. Die Bulgaren noch schlimmer. Unter den Bulgaren gab es freilich eine stark russophilo-kommunistische Strömung. Deven Anhänger, streng unter Polizeikontrolle, benahmen sich oft gut. Die Kroaten, namentlich die Franzosen, die in Österreich so gern gelesen waren, machten ebenfalls einen schlechten Eindruck auf die Bevölkerung. Die Deutschen waren zu streng, lernten uns aber mit der Zeit kennen und mäßigten dann ihre herben Maßnahmen. Beschäftigten uns auch gegen die Raubereien und Plünderungen anderer. Als der Rückzug begann, verführten viele deutsche Offiziere und Soldaten, daß sie mit ganz anderen Vorstellungen, als sie sie mitgebracht, das Land verlassen. Sie wären ein Opfer der österreich-ungarischen Presse gewesen.“

Nach der Aufstellung des S.-S.-Staates baute sich auch die sozialistische Bewegung im neuen Staate neue auf, und bereits im April 1919 fand in Belgrad der „Vereinigungskongress“ statt, der für das ganze Land eine einzige, einheitliche zentralistische sozialistische Partei (Kommunisten) schuf. Dieser Partei gegenüber, der etwa fünfzigtausend politisch organisierte angehören und zu der sich etwa hunderttausend politisch organisierte Gewerkschaftler zählen, steht die Partei der „gemäßigten, nationalsozialistischen Sozialdemokraten“, die von den drei ehemaligen Ministern Koratsch, Ristina und Bujick geführt wird. Diese „Regierungsozialisten“, nur noch unbedeutend an Zahl, verlieren durch ihre Zusammenarbeit mit bürokratischen Parteien, gegen die sich scharf der radikale Geist der jugoslawischen Arbeiter wendet, immer mehr an Anhängern. Bei den letzten Gemeindevahlen in Agram am 25. April erhielten die Kommunisten 7500, die Sozialisten nur 200 Stimmen. Unt dieser Lage trat sogar die ganze organisierte slowenische Arbeiterschaft geschlossen zu den Kom-

Der Schicksal der nationalen Minderheiten in Schleswig.

Kopenhagen, 14. Mai. (M. T. Z.)

Zu der vom Ministerium des Auswärtigen veröffentlichten amtlichen Mitteilung über den von deutscher Seite gemachten Vorschlag auf Rückgabe eines Abkommens zum gegenseitigen Schutz der nationalen Minderheiten erklärt die „Berlingske Tidende“: Es muß uns einleuchtend erscheinen, daß der von der dänischen Regierung eingenommene Standpunkt zurzeit der einzig mögliche ist. Die deutsche Regierung scheint bei ihrem Schritte zu übersehen, daß eine tatsächliche Grundlage für die vorgeschlagenen Verhandlungen noch nicht vorliegt, und daß eine Fortsetzung mit Recht als der Entscheidung vorgezogen aufgeschoben werden könnte, zu der die gerade jetzt in Paris sich abspielenden Zwangsanträge kommen werden. Gerade auch in diesem Umstand darf man die Erklärung dafür suchen, daß der Minister des Reichens nicht geglaubt hat, in die Fragen des deutschen Geländes mehr legen zu können, als gefahren ist. — Die Zeitung „Socialdemokraten“ schreibt: Warum durfte das Land nicht wissen, daß die deutsche Regierung die dänische Regierung aufgefordert hatte, solche Verhandlungen einzuleiten? Wir wissen: wenn Herr Scavenius nicht gewarnt hat, daß die Wahrheit darüber an den Tag käme, so war es deshalb, weil dadurch die schleswighische Politik der linken Partei und der Rechten in Gefahr kam, bloßgestellt zu werden. In der Presse dieser Parteien war beständig zu lesen, daß man die Vorbereitungen in der zweiten Zone nicht der deutschen Macht und Unterdrückung preisgeben wollte. Was bleibt aber von dieser Agitation, wenn mitgeteilt wurde, daß von deutscher Seite ein Vorschlag auf Schutz der Minderheiten gestellt war? Die Wahrheit sollte niedergehalten werden, damit die Flensburger Anhänger ihre unvorsichtige Agitation forsaken konnten, und deshalb veröffentlichte Scavenius sein Dementi, als die deutsche Regierung ihren Vorschlag veröffentlichte, der im höchsten Grade unangelegan kam.

Der Kampf um Kiow.

Warschau, 13. Mai. (Reuter.)

Die Streitkräfte der Poltschewen haben, verläßt durch Truppen aus dem Norden und Süden, am 10. Mai den Dnjepr überschritten und die polnische Stellung, die den Zugang zu Kiow sichert, angegriffen. Die Polen hielten ihre Stellungen und nahmen zwei feindliche Dattolone gefangen. Feindliche Flugzeuge haben Kiow mit Bomben belegt.

Die bevorstehende Schweizer Abstimmung über den Völkerverbund.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Der Bundesrat richtet einen letzten Aufruf an das Schweizer Volk für die am 16. Mai stattfindende Volksabstimmung über den Eintritt in den Völkerverbund. Er erklärt, daß eine ablehnende Entscheidung des Volkes dem Geben der Schweiz, der Eintracht im Lande und dem Ansehen der Schweiz im Ausland einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen würde. Die Neutralität der Schweiz sei durch die Londoner Erklärung des Völkervertrages anerkannt. Die Gleichgewichtigkeit müsse gegen niemanden die Waffen zeigen, der Schweizer Boden sei als Unverletzlichkeit erklärt. Jeder Durchzug von Truppen durch Schweizer Gebiet bleibe verwehrt. Der Beitritt zum Völkerverbund schmälere die Unabhängigkeit der Schweiz in keiner Weise. Er setze sie im Gegenteil. Nach der bedeutenden Werberarbeit, die während der letzten Wochen von den Mitgliedern des Bundesrates geleistet worden ist, kann das Ergebnis der Volksabstimmung kaum zweifelhaft sein. Der Eintritt der Schweiz in den Völkerverbund darf als gesichert gelten. Die Völkerverbündener sind namentlich in der westschweizerischen Presse sehr schlecht aufgenommen. Das „Journal de Genève“ verließ sich dazu, sie als „verführerische Werber“ zu bezeichnen, und immer wieder wurde als besonders schwerwiegendes Argument die Warnung ausgeprochen, die Schweiz möge sich davon hüten, ihr Schicksal mit dem Deutschlands zu verknüpfen. Denn eine Ablehnung des Völkervertrages werde als offene Parteinahme für Deutschland aufgefaßt werden.

„Daily Telegraph“ teilt mit, daß seit einiger Zeit inoffizielle Beratungen über die Aufnahme des Baltikans in den Völkerverbund im Gange sind, obgleich der Baltikans im grundsätzlichen Sinne des Wortes weder ein souveränes Staatsgebilde noch eine Nation ist. Ueber diesen Plan hinaus wird im Augenblick eine besondere Abteilung des Völkervertrages zur Vertretung der verschiedenen Religionen erwoogen, die innerhalb der Völkerverbündenerorganisation etwa mit dem internationalen Arbeitsbureau gleich geordnet sein würden.

Der kürzlich aufgetretene Vorschlag, den Obersten Rat mit dem Völkerverbund zu vereinen, ohne ihn überzuordnen, ist nunmehr von Bonar Law energisch abgelehnt worden. Welches die Zukunft des Obersten Rates sein wird, darüber besteht nicht einmal eine Andeutung. Lebensfalls scheint man in London und Paris davon überzeugt zu sein, daß er vorläufig unentbehrlich ist.